



«Wir machen nicht alles besser»

Die Schweiz ist krisensicher, sagt Wirtschaftsprofessor Aymo Brunetti – und warnt vor Selbstzufriedenheit.

Interview: Kaspar Enz

Die Schweiz kam gut durch die grossen Krisen der letzten Jahre, sagte **Aymo Brunetti**, Wirtschaftsprofessor an der Uni Bern. Warum, legte der ehemalige Leiter Wirtschaftspolitik beim Staatssekretariat für Wirtschaft des Bundes am Anlegerapéro der Bank Acrevis dar. Er warnt aber vor zu viel Selbstzufriedenheit.

Die Weltwirtschaft durchlebte innerhalb weniger Jahre zwei Jahrhundertkrisen: die Finanzkrise und die Coronapandemie. Ist die nächste schon im Anmarsch?

Aymo Brunetti: Es ist zu hoffen, dass sie nun noch 200 Jahre auf sich warten lässt. Das Problem von Krisen, die die ganze Weltwirtschaft erfassen, ist, dass sie sich besonders schwer voraussagen lassen.

Jedenfalls sagen Sie, die Schweiz sei glimpflich durch beide Krisen gekommen. Warum?

Aus unterschiedlichen Gründen. In der Finanzkrise wirkte die Binnenwirtschaft stabilisierend. Während Corona war es der Export. Gerade die Pharmaindustrie brachte hier eine wichtige Stabilisierung. Das zeigt: Die Schweiz hat einen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rahmen, der sie sehr resilient macht. Man hat gute Standortbedingungen und eine breit diversifizierte Wirtschaft.

Was heisst das konkret?

Standortfaktoren wie der flexible Arbeitsmarkt oder das duale Bildungssystem haben seit langem zum Reichtum der Schweiz beigetragen. Aber das hat nicht immer gereicht. Die Schweiz ge-

riet in den 1990er-Jahren in eine relativ lang anhaltende Wirtschaftskrise, während es rundherum aufwärtsging. Dann hat man aber wichtige Reformen durchgeführt.

Welche?

Einerseits die Schuldenbremse. In den 1990ern verdoppelte sich die Schuldenquote. Dann wurde die Schuldenbremse von mehr als 80 Prozent der Stimmenden angenommen, was ihr einen starken Rückhalt gibt. Dadurch sank seither unsere Schuldenquote – in deutlichem Gegensatz zu den meisten anderen Ländern. Die tiefe Staatsverschuldung war gerade in der Finanzkrise, aber auch während der Pandemie, ein Segen.

Welche anderen Reformen waren wichtig?

Hinzu kamen Revisionen des Kartellrechts und weitere De-regulierungen. Ganz wichtig war auch, dass man mit dem Bilateralismus einen Weg fand, um nach dem EWR-Nein den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu sichern. Wichtig daran ist: All das trug zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bei. Es war nicht Industriepolitik, wie sie gerade wieder in Mode gerät.

Die USA und die EU versuchen, Industrien wie die Chip-Industrie anzulocken. Sollte die Schweiz nicht auch versuchen, ein Stück des Kuchens zu ergattern?

Ja nicht. Letztlich ist es für die Wirtschaft attraktiver, in einer Umgebung zu sein, in der allgemein gute Bedingungen herrschen, als an einem Ort, wo der Staat mal dies, dann das andere fördert. Das sollten wir eben nicht tun, sondern einen stabilen

Rahmen bieten. Das ist auch ein komparativer Vorteil.

Trotzdem: Wenn Deutschland oder die EU eine Batterie-fabrik oder einen Chip-Hersteller mit Zuschüssen locken, dann kommen sie.

Ja, aber es ist ja nicht so, dass wir zu wenig produktive Industrie hätten. Wir haben eine sehr breit aufgestellte Industrie, so können wir als Zulieferer sogar indirekt von der Industriepolitik der Nachbarländer profitieren. Aber das absurde ist ja, dass alle die gleichen Industrien fördern. Das ist völlig gegen die Idee der internationalen Arbeitsteilung.

Die kommt in letzter Zeit unter Druck. Die Pandemie hat gezeigt, was passieren kann, wenn man sich zu sehr auf einen Lieferanten weit weg verlässt.

Die sinnvolle Antwort auf die Frage der Versorgungssicherheit ist aber nicht Selbstversorgung. Es ist die Diversifizierung der Versorgungsquellen. Das ist aber vor allem Aufgabe der Unternehmen, und die nehmen sie durchaus wahr. Ich bin positiv überrascht, dass die Globalisierung nur etwas gebremst ist, statt zurückzugehen. Auch die Schweiz ist ja entscheidend abhängig davon.

Dazu gehört aber auch der Zugang zu ausländischen Märkten. Das war schon in den 1990ern ein Problem. Droht es erneut, wenn wir mit der EU keine Einigung finden?

Es ist wichtig, den Bilateralismus auf eine neue Grundlage zu stellen. Sonst verlieren wir einen grossen Teil unserer Krisenfestigkeit. Es ist gefährlich zu glau-



ben, dass wir alles besser machen als alle andern und wir uns deshalb nicht anpassen müssen. Das glaubten wir auch in den 1980er-Jahren. Die Krise der 1990er war ein heilsamer Schock.

Sie warnen vor Selbstzufriedenheit.

Ja, das ist gefährlich. Als ich beim Bund war, fand ich immer den internationalen Austausch im Rahmen der OECD interessant. Man konnte viel darüber lernen, wie andere Länder ihre Herausforderungen angehen. Wird man zu selbstzufrieden, schiebt man die wichtigen Reformen hinaus. Ein Gradmesser wird die Abstimmung im März: Wenn die Schweiz die 13. AHV-Rente annimmt und die Renteninitiative ablehnt, ist das für mich ein Zeichen, dass die Selbstzufriedenheit zugenommen hat; man leistet sich einen Ausbau, ohne die Finanzierungsfrage ernsthaft zu behandeln. Auch bei der Schuldenbremse müssen wir aufpassen. Es gibt Forderungen, gewisse Dinge ausserhalb der Schuldenbremse zu finanzieren. Davor warne ich. Sonst besteht die Gefahr, einer Verschuldungsdynamik.

Wo würde es sich derzeit lohnen, von andern Ländern zu lernen?

Dänemark und Schweden haben etwa ein System eingeführt, dass das Rentenalter an die Lebenserwartung knüpft. Im Grunde das, was die Renteninitiative will. Andere Länder haben auch keine Kantonalbanken, die eine Staatsgarantie haben. Das steht europaweit quer in der Landschaft.

In der Schweiz gilt die Staatsgarantie scheinbar auch für Grossbanken.

Wir arbeiten daran, dass es nicht so ist. Aber ja, seit der CS-Krise scheint sich dieses Problem wie-

der akzentuiert zu haben.

Sie haben beim Seco und als Leiter mehrerer Expertengruppen die Too-big-to-fail-Regeln mitgeprägt. Die kamen bei der CS-Rettung aber nicht zum Einsatz.

Wir haben jahrelang ein Regime erarbeitet, um eine Grossbank wie die CS abwickeln zu können. Und nun, wo es nötig geworden wäre, haben wir stattdessen eine subventionierte Übernahme durchgeführt. Die Frage ist nun, was beim nächsten Mal passiert. Wir haben keine Schweizer Bank mehr, die in der Lage wäre, eine noch grössere UBS zu schlucken.

Die Schweiz mag glimpflich durch zwei Jahrhundertkrisen gekommen zu sein. Dazu gehört aber scheinbar jedes Mal die Rettung einer Grossbank.

Deshalb gehört die Grossbankenregulierung meines Erachtens auch zu den grössten Baustellen, die wir in der Schweiz haben. Beim nächsten Mal wickeln wir die UBS entweder ab, oder wir müssen sie verstaatlichen. Aber das Risiko einer Verstaatlichung können wir uns schlicht nicht leisten. Deshalb müssen wir schauen, dass eine Abwicklung wirklich funktioniert. Wie ein aktueller Bericht des Financial Stability Board zeigt, hätte man dies im März wohl tun können.

Man traute sich aber nicht.

Es stand eine als weniger disruptiv eingeschätzte Alternative zur Verfügung. Die Too-big-to-fail-Problematik ist in der Schweiz nach wie vor deutlich grösser als überall sonst. Wenn wir eine Grossbank nicht abwickeln können, dann können wir es uns auch nicht leisten, Hauptsitz einer Bank zu sein, deren Bilanzsumme deutlich grösser als das BIP der Schweiz ist.



«Die Too-big-to-fail-Problematik ist in der Schweiz nach wie vor deutlich grösser als überall sonst.»



Die Stärke der Schweiz sind für den Berner Wirtschaftsprofessor Aymo Brunetti die guten Rahmenbedingungen.